

Offene Wunden im chinesisch-japanischen Verhältnis – Japanische Schulbücher, der Yasukuni-Schrein und die Diaoyu-Inseln

Iris Wieczorek* / Dirk Nabers*

Am 5. April genehmigte das japanische Erziehungsministerium die neuen Schulbücher für den Geschichtsunterricht und die Staatsbürgerkunde der Mittelstufe. Unter den genehmigten Büchern waren auch zwei Bücher der als konservativ-geschichtsrevisionistisch bezeichneten Gesellschaft zur Erstellung neuer Geschichtslehrbücher (*Atarashii rekishi kyokasho wo tsukurukai*, kurz Tsukurukai), in denen Japans Kriegsvergangenheit beschönigend dargestellt wird. Dies war ein Ereignis von mehreren in der letzter Zeit, das vordergründig als Auslöser für eine diplomatische Krise zwischen Japan und seinen Nachbarstaaten China und Korea gewertet werden kann. Beide protestieren gegen die schönfärbende oder verzerrende Darstellung des japanischen Militarismus und Kolonialismus in diesen Schulbüchern, Japan kritisiert die nationalistische, antijapanische Erziehung in chinesischen Schulen. Immer wieder hatte Japans ungenügende Aufarbeitung seiner Kriegsvergangenheit in den vergangenen Jahren international für Kritik gesorgt und die bilateralen Beziehungen zu China und Korea stark belastet. Auch die jährlichen Besuche des Ministerpräsidenten Koizumi am stark umstrittenen Yasukuni-Schrein in Tokyo geben Japans Nachbarstaaten immer wieder Anlass zur Besorgnis. Die Hintergründe und innerjapanischen Auswirkungen der sog. Schulbuchdebatte (siehe dazu Saaler 2005, Rose 2005), der Yasukuni-Problematik (siehe dazu *Japan aktuell*, 4/2001, S. 382-389) und des Konflikts um die Diaoyu-Inseln werden im Folgenden betrachtet.

Die Schulbuchdebatte / Iris Wieczorek

Die Schulbuchdebatte erhielt erstmals 1982 eine internationale Dimension, als Südkorea und China die schönfärbenden Beschreibungen der kriegerischen Expansion in Asien in Schulbüchern für Oberschulen kritisierten (*Asahi Shinbun*, *The Japan Times*, 6.4.05; FAZ, 19.4.05). Das kritische Geschichtsbewusstsein nahm in den darauf folgenden Jahren zu, was sich auch im Inhalt der Schulbücher niederschlug. So setzte sich z.B. in den

1980er Jahren in den Schulbüchern der Begriff „Aggression“ als Beschreibung für Japans Kriege in Ostasien durch. Diese Entwicklung gipfelte 1995 in der Entschuldigung des damaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Murayama für Japans Taten während des Zweiten Weltkrieges. Dieses Ereignis löste allerdings das Bestreben neokonservativer Zirkel hin zum Geschichtsrevisionismus aus, die sich von der für sie zu selbstkritischen Sicht distanzieren. Für sie ist diese ein Produkt der „Siegerjustiz“, die den Japanern das Selbstbewusstsein geraubt hätte (FAZ, 21.4.05). So befürworten diese Kreise eine Schulbildung, die wieder den Stolz der Nation und die Sehnsucht nach einem Vorkriegsjapan mit dem Kaiser im Zentrum nährt. Teil dieser Bewegung ist die Anfang 1997 gegründete Tsukurukai.

Die Tsukurukai

Die Tsukurukai ist inzwischen zu einer beachtlichen Gruppe angewachsen, die auf Hilfe auch aus führenden politischen Kreisen Japans rechnen kann. Der erste Vorsitzende der Gruppe war der Germanistikprofessor Kanji Nishio, zu den Gründungsmitgliedern zählten der frühere Vorsitzende von BMW-Tokyo, Kei Tanegashima, und der Manga-Schriftsteller Yoshinori Kobayashi. Ein förderndes Mitglied ist der rechtspopulistische Gouverneur Shintaro Ishihara. Vor wenigen Jahren zählte die Vereinigung auch den heutigen Außenminister Machimura zu ihrem Kreis. Nach eigenen Angaben hat die Tsukurukai etwa 9.500 Mitglieder (mit leicht rückläufiger Tendenz) und einen Jahresetat von 400 Mio. Yen (Saaler 2003: 259; Homepage der Vereinigung: www.Tsukurukai.com).

Die Tsukurukai wurde mit dem Ziel gegründet, die „masochistische Geschichtsschreibung“ der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges herausgegebenen Schulbücher zu beenden. Eine „positive“ Interpretation der Geschichte sieht die Tsukurukai als unerlässlich für den Aufbau einer nationalen Identität an. Die Schulbücher sind für sie ein Mittel zum Zweck mit dem klaren Ziel, die Einstellung junger Japaner zum Staat zu beeinflussen. Diese Taktik könnte durchaus erfolgreich sein, denn aus öffentlichen Umfragen geht hervor, dass etwa 37%

der japanischen Bevölkerung ihr Geschichtsverständnis aus Schulbüchern beziehen (vgl. Saaler 2005: 18).

Bereits im Jahr 2000 hatte die Tsukurukai erstmals dem Erziehungsministerium zwei Bücher vorgelegt – eins für den Geschichtsunterricht, eins für die Staatsbürgerkunde der Mittelstufe –, in denen Japans Kriegsvergangenheit glorifiziert wurde. Beide Bücher passierten 2001 trotz erheblicher Proteste innerhalb sowie außerhalb Japans den Auswahlprozess des Erziehungsministeriums nach Beseitigung zahlreicher Fehler (vgl. *Japan aktuell*, 3/2001, Ü 99). Kaum jemand hatte zu dieser Zeit erwartet, dass die Bücher vom Ministerium, wenn auch mit erheblichen Auflagen, zugelassen werden würden. Der Aufruhr gegen die unerwartete Genehmigung der Bücher beschränkte sich nicht auf akademische Zirkel, sondern auch zahlreiche Bürgerbewegungen organisierten Widerstand gegen die Einführung. Die große Zahl der Protestaktionen – die nicht zuletzt durch die Koordination über das Internet zustande kam (vgl. Dücke 2003: 209-210) – führte maßgeblich dazu, dass fast alle der regionalen Auswahlkomitees, die für die Genehmigung von Schulbüchern für die Mittelstufe zuständig sind, andere Schulbücher für den Gebrauch im Schulalltag vorschlugen und nicht die Bücher der Tsukurukai (Saaler 2003: 267-271; Saaler 2005). So konnte die Tsukurukai den damals anvisierten Marktanteil von 10% nicht erreichen; in japanischen Schulen sind die Bücher der Organisation bisher so gut wie nicht eingeführt worden, ihr Marktanteil liegt bei 0,039%. Lediglich 18 der landesweiten 11.102 Mittelschulen Japans nutzen die Bücher im Unterricht (WSJ, 14.4.05). Die organisierten Protestaktionen verhinderten zwar eine weite Verbreitung der Bücher, doch ihr Erscheinen wirkte sich auf den Inhalt anderer Geschichtsbücher aus. So hatten beispielsweise bereits im Stadium des Genehmigungsprozesses andere Verlage zunehmend – in Angleichung an den neuen Konkurrenten – Kapitel über den sog. Nanjing-Zwischenfall, die „Trostrfrauen“-Problematik oder die Geschichte der Einheit 731, die Menschenversuche in der Mandschurei durchführte, aus ihren Lehrbüchern entfernt (Saaler 2005: 273).

Die jüngste Schulbuchdebatte und das Geschichtsverständnis in Japan

Eine untergeordnete Ursache für die geringe Verbreitung der Bücher der Tsukurukai spielte vermutlich auch die für die Schüler viel zu schwierige Sprache der Texte und die unverständlichen Darstellungen. Um eine größere Akzeptanz innerhalb der japanischen Bevölkerung zu erreichen, wurden die nun am 5. April 2005 vom Erziehungsministerium genehmigte neue, zweite Auflage der Bücher sprachlich und inhaltlich überarbeitet. Im Großen und Ganzen sind die Aussagen allerdings unverändert. In den jetzt genehmigten Büchern, die dem Ministerium im letzten Jahr erstmals zur Prüfung vorgelegt wurden, kommt erneut die Geringschätzung gegenüber den asiatischen Nachbarn Japans offen zum Ausdruck (vgl. hierzu und zum Folgenden z.B. ST, 8.4.05; *Asahi Shinbun*, 6.4.05; *The Japan Times*, 6., 8.4.05;

XNA, 31.3.05). Wie bereits in den 2001 genehmigten Büchern (vgl. hierzu Saaler 2003: 260) wird Japans Imperialismus in den 1930er und 1940er Jahren als reine Defensive, als Gegenwehr verstanden. Der Krieg von 1931 bis 1945 wird als „Befreiungskrieg“ beschrieben, Japan habe Asien große Dienste erwiesen und Japan sei das „Opfer“ in diesem Krieg. Die Kriegsgreuel der japanischen Armee oder die Zwangsprostituierten und die Folgen der japanischen Aggression sind kein Thema. Sowohl das Geschichtsbuch als auch das Sachkundebuch enthalten zahlreiche Fehler und präsentieren eine einseitige, willkürliche oder verzerrte Sicht der Geschichte sowie der gegenwärtigen japanischen Politik und Gesellschaft.

Die Bücher der Tsukurukai entfalten eine zunehmende Signalwirkung auf konkurrierende Verlage und somit auf die Inhalte anderer Geschichtslehrbücher, aufgrund erzieherischer Ideale die Geschichte „unpolitischer“ darzustellen. Auffallend ist in den anderen neu zugelassenen Büchern von acht Verlagen ein Trend zum Weglassen und Weichzeichnen strittiger oder dunkler Kapitel der japanischen Geschichte. Dies äußert sich am Beispiel der sog. „Trostrfrauen“ – jener Frauen, vor allem aus Korea, die vor und während des Zweiten Weltkrieges für Japans Armee zur Prostitution gezwungen wurden. Alle sieben 1997 neu lizenzierten Geschichtsbücher hatten die „Trostrfrauen“ erwähnt, 2001 kamen sie noch in drei von acht Lehrbüchern vor; heute nimmt lediglich ein Buch in vager Form auf die „Trostrfrauen“ Bezug: Frauen seien hinter der Front zum Dienst in „Trosthäusern“ verpflichtet worden (BBC, 5.4.05; XNA, 6.4.05). Über die Zwangsarbeiter, die während des Zweiten Weltkrieges nach Japan verschleppt wurden, wird in den Texten euphemistisch erwähnt, dass es Koreaner und Chinesen gegeben habe, die nach Japan gebracht wurden und dort gegen ihren Willen arbeiten mussten. Vor vier Jahren erwähnte der Band vom Verlag Tokyo Shoseki noch, dass sie gewaltsam verschleppt wurden, vor acht Jahren wurde zusätzlich die Zahl von 700.000 zwischen 1939 und 1945 genannt.

In Bezug auf das 1937 von japanischen Truppen angeordnete Massaker von Nanjing erwähnt jetzt nur noch eins der neuen Lehrbücher Schätzungen von Opferzahlen. Tatsächlich ist die Differenz zwischen chinesischen und japanischen Zahlen erheblich. Das wird auch in dem umstrittenen „Schulbuch neue Geschichte“ bemerkt, allerdings nur mit dem Hinweis in einer Fußnote, dass Fragen offen blieben; es heißt lediglich, dass viele Zivilisten getötet worden seien. China geht davon aus, dass in Nanjing bis zu 400.000 Menschen getötet worden seien, im Tokyoter Kriegsverbrechertribunal war von 200.000 Zivilisten die Rede. Inzwischen ist das Massaker in Schulbüchern in Japan nur mehr „der Vorfall“ von Nanking (BBC, 31.3.05; XNA, 5., 6.4.05). Für die meisten Verlage scheint es aus ökonomischen Gründen ratsam, kontroverse Themen auszuklammern und unkritisch zu behandeln. Dieser Vermutung entspricht, dass – während so genannte progressive Verlage an Marktanteil verlieren – das Buch des Verlages Tokyo Shoseki, das die kontroversen Geschichtsdaten nur sehr flüch-

tig behandelt, seinen Marktanteil auf über 50% erhöhen konnte. Die Auslassungen in den neuen Ausgaben begründen die Verleger mit höchst fadenscheinigen Argumenten. So hätte es beispielsweise Klagen von Lehrern gegeben, die es schwierig fänden, im Klassenzimmer das Thema „Sex“ anzusprechen. Das Erziehungsministerium äußert sich zu der Problematik beispielsweise, indem es argumentiert, dass der Begriff „Trostrfrauen“ erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurde, daher nicht einer realitätsnahen Beschreibung des Sachverhaltes entspreche und deshalb in den Schulbüchern nicht mehr erwähnt werde (BBC, 31.4., 5.4.05; Kyodo, XNA, 31.3.05).

Insgesamt ist in Japan im politischen Establishment eine Tendenz zur apologetischen Behandlung der eigenen Geschichte festzustellen. Demgegenüber zeigen Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der japanischen Bevölkerung das Geschichtsbild der Tsukurukai nicht teilt (FAZ, 21.4.05). Auch die wiederum koordinierten und landesweiten intensiven Protestaktionen von Bürgerbewegungen entsprechen diesem Bild (vgl. zu den Bürgerinitiativen z.B. WSJ, 5.4.05; BBC, 5.4.05; *The Japan Times*, 6.4.05; Kyodo, 5.4.05). Ein augenscheinlicher Trend in der Schulbuchdebatte ist ihre zunehmende Instrumentalisierung für politische Zwecke (vgl. auch Saaler 2003: 264). Früher konzentrierte sich die japanische Schulbuchdebatte in erster Linie auf akademische Kreise und die Medien. In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen ist ein stetig wachsender Einfluss seitens der Politik nicht zu übersehen. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre nimmt die japanische Politik aber eine gewisse „Führungsrolle“ in der Debatte ein (Saaler 2003: 264). Eine ganze Reihe von Politikern – vor allem aus den Reihen der Liberaldemokratischen Partei (LDP) – ist Mitglied in der Tsukurukai und ergreift ganz offen Partei für die Vereinigung, wenn z.B. betont wird, dass es den derzeitigen japanischen Geschichtslehrbüchern „an Balance mangelt“. Die Ergebnisse des LDP-Komitees zur Untersuchung der Geschichte wurden geradezu zur Leitlinie für die Erstellung der „neuen Lehrbücher“ der Tsukurukai. Als kleines formales Signal, dass man doch aufeinander zugehen will, wurde während des Mitte April 2005 stattfindenden Gesprächs zwischen den beiden Außenministern Japans und Südkoreas eine Intensivierung der Arbeiten der gemeinsamen Historikerkommission angeregt, die sich mit strittigen Details der japanisch-koreanischen Geschichte befassen soll. Auch Beijing hat der japanischen Regierung die Einrichtung einer Historikerkommission vorgeschlagen (Kyodo, 13.4.05). Es ist allerdings zu erwarten, dass die Schulbuchdebatte weiterhin anhalten, wenn nicht gar eskalieren wird. Inwieweit sich die jüngsten Proteste aus China und Südkorea und die Spannungen in der Region auf das Auswahlverfahren der regionalen Auswahlkomitees auswirken wird, ist fraglich. Voraussichtlich aber werden die Bücher der Tsukurukai keine allzu hohe Verbreitung in Japans Schulen finden.

Die Yasukuni-Problematik / Iris Wiczorek

Am 22. April erklärte Ministerpräsident Koizumi in Jakarta vor mehr als 100 asiatischen und afrikanischen Staats- und Regierungschefs, dass Japan durch die Kolonialherrschaft und Aggressionen während des Zweiten Weltkrieges gewaltigen Schaden angerichtet und Leid über die Menschen vieler Länder gebracht habe, insbesondere über die aus asiatischen Nationen. Er betonte, dass Japan in tief empfundener Reue seit dem Zweiten Weltkrieg konsequent daran festgehalten habe, keine Militärmacht zu werden; eine Bedrohung gehe daher heute von Japan nicht aus. Am darauf folgenden Tag traf Koizumi mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Hu Jintao zusammen. Hu forderte Koizumi nachdrücklich auf, seiner Entschuldigung auch Taten folgen zu lassen und eine aktive Vergangenheitsbewältigung Japans zu fördern. Daher solle Koizumi in Zukunft auf Besuche des umstrittenen Yasukuni-Schreins in Tokyo verzichten (*Asahi Shinbun*, *The Japan Times*, 23.4.05; Kyodo, 27.4.05).

Wenige Stunden vor Koizumis Entschuldigung am 22. April waren in Tokyo 80 Abgeordnete zum Yasukuni-Schrein gepilgert, 88 Parlamentarier hatten Vertreter zum traditionellen Frühlingsfest an diesem Shintô-Heiligtum gesandt. Von den anwesenden Abgeordneten gehören 78 der regierenden LDP an und zwei der oppositionellen Demokratischen Partei. Mitglieder des Kabinetts erschienen nicht. Im vergangenen Jahr waren 84 Parlamentarier zum Frühlingsfest an den Schrein gezogen, darunter auch Koizumis Vorgänger Mori (Kyodo, *Asahi Shinbun*, 22.4.05; *The Japan Times*, 23.4.05; FT, 28.4.05).

Der 1866 errichtete Yasukuni-Schrein gilt als ein Zentrum des japanischen Kaiserkultes sowie des Staatsshintô und des daraus resultierenden aggressiven Nationalismus vor und während des Zweiten Weltkrieges. In dem nahe dem Kaiserpalast in Tokyo gelegenen Shintô-Schrein wird nicht allein der rund 2,5 Mio. seit 1853 in Kriegen gefallenen Japanern gedacht, sondern es ruhen dort auch die Seelen verurteilter Kriegsverbrecher, darunter die des Kriegspremiers Tojo. Daher werden Besuche japanischer Regierungsvertreter nach wie vor sowohl national als auch international, insbesondere aber von Südkorea und China, heftig kritisiert.

Doch nicht nur außenpolitisch ist der Yasukuni-Schrein ein höchst brisantes Thema, sondern auch innerhalb Japans (vgl. *Japan aktuell*, 4/2001, S. 382-389). Bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg setzte eine heftige Diskussion ein, ob es japanischen Regierungsvertretern aufgrund der in der Verfassung festgelegten strikten Trennung von Staat und Religion gestattet sei, den Yasukuni-Schrein in offizieller Funktion aufzusuchen. Diese Diskussion erreichte ihren Höhepunkt, als Ministerpräsident Nakasone am 15. August 1985, anlässlich des 40. Jahrestages der japanischen Niederlage im Pazifischen Krieg, dem Schrein einen offiziellen Besuch abstattete. Es war das erste Mal seit Kriegsende,

dass ein japanischer Politiker ausdrücklich in offizieller Funktion als Regierungschef dem Schrein seine Reverenz erwies. Nakasones symbolträchtiger Schritt wurde weltweit als Alarmsignal aufgenommen. Die Sorge um die Gefährdung der in der Verfassung garantierten Religionsfreiheit rief in Japan die Opposition auf den Plan. International wurden Befürchtungen laut, der Besuch bedeute möglicherweise eine Rehabilitierung oder gar eine Renaissance der staatshintöistischen Ideologie, d.h. des Kaiserkultes der Vorkriegs- und Kriegszeit.

Die Proteste innerhalb und außerhalb Japans waren derart intensiv, dass Nakasone auf weitere Besuche des Yasukuni-Schreins verzichtete. Auch die meisten seiner Nachfolger statteten seitdem dem Schrein in „inoffizieller“ Funktion einen Besuch ab. Nur wenige Ministerpräsidenten verzichteten jedoch auf einen Reverenzbesuch, da ein Politiker, der sich konservative Stimmen sichern muss, an diesem Schrein nicht achtlos vorbeigehen kann. Koizumi ist seit Nakasone der erste Ministerpräsident, der dem Shintō-Heiligtum in seiner offiziellen Funktion als Regierungsvertreter Besuche abstattet. Bereits vor seinem Amtsantritt im April 2001 hatte Koizumi versprochen, als Ministerpräsident den Yasukuni-Schrein zu besuchen, und so die Mitglieder der einflussreichen Japanischen Hinterbliebenen- und Veteranenvereinigungen (Nihon Izokukai) für sich eingenommen. Inzwischen hat Koizumi den Schrein bereits viermal besucht, zuletzt am Neujahrstag 2004. Laut Koizumi besuche er den Schrein, um den Kriegsgefallenen Ehrerbietung zu erweisen und für den weltweiten Frieden zu beten.

Die wiederholten Besuche Koizumis am Yasukuni-Schrein beeinträchtigen nicht nur das bilaterale Verhältnis zu China und Korea maßgeblich. Auch innerhalb Japans wird die Kritik in den letzten Jahren wieder lauter. Die verschiedenen Oppositionsparteien Japans bezeichnen Koizumis Verhalten als verantwortungslos. Mehrere hundert Menschen haben an verschiedenen Gerichten Japans Klagen gegen Koizumis Schreinbesuche eingereicht. Bisher wurden sieben Klagen an Bezirksgerichten gegen Koizumi angestrengt, die sich auf das Verfassungsprinzip der Trennung von Staat und Religion berufen. Lediglich eine Klage war erfolgreich (vgl. *Japan aktuell*, 3/2004, Ü 67), ohne jedoch weitere Konsequenzen nach sich zu ziehen. Abgewiesen wurde zuletzt eine Klage am 26. April, die von etwa 1.000 Südkoreanern eingereicht worden war (*The Japan Times*, *Asahi Shinbun*, 22.4.05; *Kyodo*, *WSJ*, 26.4.05). In der Urteilsbegründung vermied das Bezirksgericht Aussagen darüber, ob Koizumi gegen die in der Verfassung festgelegte Trennung von Staat und Religion verstoßen habe.

Für Unruhe in China und Korea sorgt zudem, dass nationalistische Kräfte seit geraumer Zeit in Japan deutlich an politischem Einfluss gewinnen. Das Aufleben nationalistischer Tendenzen ist vor allem in der politischen Klasse zu beobachten und hier insbesondere bei der regierenden LDP, aber auch in der nachkommenden Generation. Dass japanische Lehrer neuerdings Geldstrafen riskieren, wenn sie an Schulfestern die Nationalhymne nicht singen, oder dass die Regierungskoalition dem kontroversen Kriegskaiser Hirohito nun einen Gedenktag

gewidmet hat (*Kyodo*, 31.3., 1., 5.4.05), sorgt kaum für zusätzliches Vertrauen. Innerhalb der japanischen Bevölkerung ist man geteilter Meinung über Koizumis Besuche am Yasukuni-Schrein. So unterstützten laut einer Umfrage der *Asahi Shinbun* 42% der Befragten Koizumis Yasukuni-Besuche, 39% sprachen sich gegen weitere Besuche aus. Dabei wird betont, dass jüngere Wähler die Schreinbesuche insgesamt weniger problematisch betrachten. So befürworteten beispielsweise 46% der 20-Jährigen Koizumis Schreinbesuche (vgl. *Japan aktuell*, 3/2004, Ü 67).

Innerhalb und außerhalb Japans wurde mit Aufmerksamkeit verfolgt, ob Koizumi zum diesjährigen Frühlingsfest dem Yasukuni-Schrein einen Besuch abstatten werde, denn noch nie war der zeitliche Abstand zwischen zwei Besuchen Koizumis an dem Schrein so groß gewesen. Von einem Schreinbesuch nahm Koizumi Abstand, stellte jedoch in Aussicht, dass er im Laufe dieses Jahres den Kriegsgefallenen am Schrein seine Ehrerbietung erweisen werde (*Asahi Shinbun*, *The Japan Times*, 23.4.05; *Kyodo*, 26.4.05; *FT*, 28.4.05). Die Behauptung Chinas, dass zwischen dem ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Nakasone und der chinesischen Regierung in den 1980er Jahren ein Gentlemen's Agreement getroffen worden sei, wonach China zugesichert wurde, dass Ministerpräsidenten Japans in Zukunft auf Besuche des Yasukuni-Schreins verzichten, dementierte die japanische Regierung (*ST*, *Kyodo*, 27.4.05; *The Japan Times*, *Asahi Shinbun*, 28.4.05; *SCMP*, 29.4.05). Der ehemalige Verkehrsminister Takao Fujii (LDP) sagte während seines Besuches zum Frühlingsfest am Yasukuni-Schrein, dass er hoffe, Koizumi werde auch im Jahr 2005 die Gedenkstätte aufsuchen. Seiner Meinung nach sei es für Japaner nur natürlich, den Seelen der Kriegstoten Ehre zu erweisen. Es sei bedauerlich, dass dies von Nachbarländern wie China oder Südkorea nicht verstanden werde. Die Parlamentariergruppe sei gekommen, um für den Frieden und die Vertiefung der Freundschaft zu den Nachbarländern zu beten. Ein Regierungssprecher in Tokyo verurteilte allerdings die Aktion der Abgeordneten und sprach von einer düsteren Lage der chinesischn-japanischen Beziehungen (*Asahi Shinbun*, *Kyodo*, 22.4.05; *The Japan Times*, 23.4.05).

Der Konflikt um die Diaoyu-Inseln / Dirk Nabers

Japan steht in ungeklärten Territorialkonflikten mit China und Taiwan über die kleinen, in japanischem Besitz befindlichen Diaoyu-Inseln (jap. Senkaku). Aufgrund dieser Spannungen erweisen sich wechselseitige Ressentiments und starke nationalistische Tendenzen als fortwirkend. In den japanisch-chinesischen Beziehungen flammte in diesem Frühjahr erneut der Konflikt um die Diaoyu-Inseln auf. Im Folgenden soll ein Blick auf die Hintergründe und die aktuelle Brisanz dieses Streits geworfen werden.

Geschichte des Konflikts

Neue Brisanz erhielt der Disput durch das formale Inkraft-Treten der UN-Seerechtskonvention („Gesetz der Meere“) in Japan am 20. Juli 1996. Das Regelwerk konstituiert eine exklusive Wirtschaftszone, die sich über 200 Seemeilen um Japan erstreckt und in der Japan alle Rechte an mineralischen Rohstoffen und Meerestieren beansprucht (Nabers 2000: 180). Die Diaoyu-Inseln sind ein rund ein Hektar großes Fischfanggebiet, unter dem Erdölvorkommen vermutet werden. Die Gruppe befindet sich nordöstlich von Taiwan, in unmittelbarer Nähe der Ryūkyū-Kette, in der Okinawa die größte Insel darstellt.

War das Seegebiet auch früher schon umstritten, so kam es insbesondere in der Folge der Ratifizierung des Seerechtsabkommens durch Japan zu einer ganzen Reihe von Zwischenfällen, die die Beziehungen zwischen Japan auf der einen und China sowie Taiwan auf der anderen Seite nachhaltig beeinflussen sollten (*Asahi Shinbun*, 8.10.1996; FAZ, 8.10.1996, 22.5.1997):

- Anfang 1996 schickte China Kampfflugzeuge in Richtung Diaoyu-Inseln, die erst abdrehten, als Japan zur Verteidigung der Eilande ebenfalls Düsenjäger in Stellung brachte;
- im Juni des Jahres errichteten japanische Nationalisten einen Leuchtturm – und wurden von der japanischen Regierung lediglich zur „Mäßigung“ aufgerufen;
- am 26. September drang ein Frachtschiff mit chinesischen Aktivisten in die Zwölfmeilenzone ein und wurde von der japanischen Küstenwache gestoppt. Der führende Aktivist David Chan kam dabei ums Leben;
- die japanische Regierungspartei LDP nahm in ihr Wahlprogramm für die Unterhauswahlen am 20. Oktober 1996 das Versprechen auf, die Diaoyu-Inseln als „japanisches Territorium“ behandeln zu wollen;
- am 7. Oktober drangen 300 Parlamentsabgeordnete und Aktivisten aus Hongkong, Macau und Taiwan mit 50 Booten in die Zwölfmeilenzone ein und installierten auf einem Riff eine taiwanische und eine chinesische Fahne;
- China kündigte Ende 1996 einseitig an, seine Seerechtszone von 370.000 auf drei Millionen Quadratkilometer zu erweitern – in die dann auch die Diaoyu-Inseln fallen würden;
- im Mai 1997 betrat der japanische Unterhaus-Abgeordnete Nishimura Shingo (Shinshintō) in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mit einer Flagge in Händen den größten Diaoyu-Felsen – jap. Nishi Uotsuri –, um damit die Hoheit Japans zu demonstrieren.

Anfang Januar 2003 brach der Territorialstreit zwischen Japan und China um die Diaoyu-Inseln erneut offen aus,

nachdem die japanische Regierung einen „Mietvertrag“ mit dem privaten Besitzer dreier der Inseln erneuert hatte. Die Volksrepublik China und auch Taiwan sahen den Schritt Japans als eindeutiges Zeichen, seine Souveränitätsansprüche auf die Inseln zu unterstreichen. Tokyo zeigte sich von den Protesten unbeeindruckt. Am 6. Januar unterzeichnete die japanische Regierung mit dem Besitzer einer weiteren Insel einen derartigen Vertrag, diesmal jedoch über einen Zeitraum von 20 Jahren. Die japanische Regierung ließ verlauten, dass Miet- oder Leasingverträge auf den Diaoyu-Inseln bereits seit 30 Jahren üblich seien. Die Diaoyu-Inseln könnten dann zu unterschiedlichen Zwecken genutzt werden, beispielsweise als militärische Übungsplätze für die in Japan stationierten amerikanischen Truppen (dazu *Japan aktuell*, 1/2003, Ü 41).

Nur fünf Monate später sorgte der Territorialdisput wieder für heftige Unruhe in den bilateralen Beziehungen zwischen Tokyo und Beijing. Am Morgen des 23. Juni war es zu einer lokalen Protestaktion gegen die japanische Verwaltung der Inseln gekommen. An diesem Tag versuchten 13 Aktivisten, unter ihnen drei aus Hongkong und zehn vom chinesischen Festland, in einem Boot die unbewohnte Felsenkette zu erreichen. Sie wurden in den umstrittenen Gewässern rund 170 km nordöstlich von Taiwan von Schiffen der japanischen Küstenwache abgefangen und für Stunden umzingelt. Die Situation in dem Boot auf hoher See sei besorgniserregend gewesen, sagte ein Mitglied des „Hongkonger Aktionskomitees für die Verteidigung der Diaoyu-Inseln“ später. Nachdem einige Teilnehmer seekrank geworden waren, wurde die Aktion am Nachmittag abgebrochen – nicht ohne ein abschließendes symbolisches Verbrennen der japanischen Flagge. Auch warfen die Protestierenden weiße Papier-Chrysanthen ins Wasser, zum Andenken an einen bei den großen Protesten 1996 ertrunkenen Aktivist (*Japan aktuell*, 4/2003, Ü 34).

Obwohl in diesem Monat zum ersten Mal Chinesen aus Hongkong und vom Festland gemeinsam eine Aktion unternahmen, verlief der Protest doch sehr viel unspektakulärer als noch fünf Jahre zuvor. Er wurde lediglich von zehn weiteren Aktivisten unterstützt, die vor dem japanischen Konsulat in Hongkong protestierten. Die Regierungen in Beijing und Tokyo beließen es dabei, ein weiteres Mal auf ihre unzweifelhaften Souveränitätsansprüche zu verweisen (ebd.).

Schließlich belastete der alte Disput die Beziehungen zwischen Japan und China einmal mehr im März 2004, nachdem sieben chinesische Aktivisten am Morgen des 24. März auf einem der umstrittenen Felsen gelandet waren. Diesmal war die japanische Reaktion besonders hart. Die Eindringlinge wurden nicht lediglich nach China abgeschoben, sondern von der japanischen Küstenwache festgenommen. Die japanische Außenministerin Kawaguchi teilte der Presse mit, es handle sich um das illegale Eindringen in japanisches Territorium, und man habe in der Angelegenheit lediglich japanisches Recht angewandt. Die chinesische Regierung protestierte gegen den Vorfall und forderte die Freilassung der Inhaftierten. Nach Meinung Beijings handelte

es sich ja um chinesische Inseln. Daher habe Japan kein Recht, chinesische Staatsangehörige zu verhaften. Drei Tage nach der Verhaftung zeigte sich Japan bereit, die sieben Chinesen wieder freizulassen und nach China zu überführen. Die japanische Außenministerin forderte ihren chinesischen Amtskollegen Li Zhaoxing jedoch auf, künftig dafür zu sorgen, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholten (*Japan aktuell*, 2/2004, Ü 34).

Aktuelle Brisanz des Disput

Neben der Emotionalität der Debatte ist die Frage nach der materiellen Bedeutung der Diaoyu-Inseln zu stellen. Was veranlasst die japanische Regierung dazu, 365 Tage im Jahr rund um die Uhr Boote der Küstenwache um die Inseln patrouillieren zu lassen? Experten gehen davon aus, dass es die tief im Meer vermuteten Ölreserven sind, die zu starren Haltungen auf beiden Seiten führen. Angesichts seiner hohen Wachstumsraten müsse China nach neuen Energiequellen Ausschau halten. Ebenso könne sich Japan bei der Einfuhr von Öl nicht mehr auf den politisch instabilen Nahen und Mittleren Osten verlassen.

Mitte Oktober 2004 ließ der japanische Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, Shôichi Nakagawa, verlauten, man wolle den Streit über die Erforschung von Gasfeldern im Ostchinesischen Meer mit China auf eine friedvolle, diplomatische Art regeln. Zuvor war bekannt geworden, dass die chinesische Regierung einheimischen Firmen Gasförderrechte in Japans exklusiver Wirtschaftszone (EEZ) verliehen hatte. Wenn dies stimme, so sei das ein gravierendes Problem für die Beziehungen beider Länder, so Nakagawa. Man werde aber auf der ministeriellen Arbeitsebene eine Einigung finden. Seit längerem gibt es zwischen Beijing und Tokyo Differenzen über Gasförderungsrechte im Ostchinesischen Meer, die vor allem auf unterschiedliche Definitionen der jeweiligen Wirtschaftszonen beider Länder zurückzuführen sind. Schon in der Vergangenheit hat ein chinesisches Unternehmen in einem Gebiet gearbeitet, das sich an der direkten Grenze zu Japans EEZ befindet (*Japan aktuell*, 6/2004, Ü 20).

Es wird immer offensichtlicher, dass China die japanischen Ansprüche nicht anerkennt. Man geht in Beijing davon aus, dass die chinesische Wirtschaftszone größer ist als derzeit bestimmt. Nakagawa hielt dagegen, dies sei ein einseitiges Argument, das die japanischen Ansprüche nicht berücksichtigt. Alle Ergebnisse der laufenden Forschungsprojekte müssten von der chinesischen Seite offen gelegt werden. Im Falle eines Fundes von Gasvorkommen in Japans Wirtschaftszone würde Tokyo darauf seinen Anspruch erheben. Eine Woche später lenkte die chinesische Regierung unter massivem diplomatischem Druck ein. Am 26. Oktober sagte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, auch sein Land sei an einer diplomatischen Lösung des Konflikts interessiert. Bereits am 25. Oktober habe es Gespräche mit dem japanischen Außenministerium gegeben, und man sei einer Einigung sehr nahe gekommen. Allerdings sei

das Problem sehr komplex, und es müsse auf der Grundlage des gültigen UN-Seerechts gelöst werden (ebd.)

Diese diplomatische Auseinandersetzung kann als Vorspiel zu dem Disput gelten, der im Februar 2005 ausgebrochen ist. Anfang des Monats hatte Japan angekündigt, man wolle möglicherweise Öl und Gas in den umstrittenen Gewässern fördern (SCMP, 14.4.05). Es wurden bereits 10 Mrd. Yen (74 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt, um ein Forschungsschiff zu bauen, das die Durchführbarkeit des Projekts prüfen soll. Mit dem Plan will Japan offensichtlich der chinesischen Förderung von Erdgas in dem umstrittenen Chunxiao-Fördergebiet zuvorkommen (*The Japan Times*, 15.4.05). Das Gebiet befindet sich unweit der Diaoyu-Inseln.

Die Fronten bleiben verhärtet, und es wird immer offensichtlicher, dass der symbolische Streit um einige wenige Felsen im Ostchinesischen Meer ein Konflikt um Ressourcen ist. Zusammen mit der offensichtlichen Unfähigkeit, die gemeinsame Vergangenheit zu klären, birgt der Streit trotz florierender wirtschaftlicher Beziehungen ein hohes Maß an politischem Zündstoff. Lange waren die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden wichtigsten Ländern Ostasiens nicht so belastet wie heute.

Quellen

- Ducke, Isa (2003), „Activism and the Internet. Japan's 2001 history-textbook affair“, in: Nanette Gottlieb und Mark McLelland (Hrsg.), *Japanese Cybercultures*, London und New York: Routledge, S. 205-221
- Nabers, Dirk (2000), *Kollektive Selbstverteidigung in Japans Sicherheitsstrategie*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Rose, Caroline (2005), *Sino-Japanese Relations. Facing the past, looking to the future?*, USA/Canada: RoutledgeCurzon
- Saaler, Sven (2003), „Neue Entwicklungen in der japanischen Schulbuchdebatte“, in: Pohl, Manfred und Iris Wieczorek (Hrsg.), *Japan 2003. Politik und Wirtschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 259-287
- Saaler, Sven (2005), *Politics, Memory and Public Opinion*, Monographie des Deutschen Instituts für Japanstudien, Band 39, München: IUDICIUM

* Dr. Iris Wieczorek und Dr. Dirk Nabers sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Asienkunde.